

## Erhard an Chruschtschow: Wir kennen keine Gewaltanwendung

Antwort auf Neujahrsbotschaft — Angelpunkt ist die Wiedervereinigung

Bundeskanzler Erhard hat in einer Antwort auf die Neujahrsbotschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow diesen daran erinnert, daß sich die Bundesrepublik feierlich verpflichtet habe, auf Anwendung von Gewalt zu verzichten. Die Bundesrepublik wolle die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln verwirklichen. Daher stehe die Bundesregierung, wie Erhard betont, dem sowjetischen Vorschlag positiv gegenüber, bei territorialen Streitigkeiten auf Gewalt zu verzichten.

In diesem Zusammenhang weist Erhard darauf hin, daß die Sowjetunion offensichtlich zwischen Streitigkeiten irgendwo in der Welt und der deut-

schen Frage unterscheide. Dies sei eine Diskriminierung des deutschen Volkes.

Sehr ausführlich geht Erhard auf die Deutschland-Frage ein.

Es heißt in der Antwort unter anderem: „Die Bundesregierung hat alle Fragen ihrer Westgrenzen zur vollen Zufriedenheit der beteiligten Regierungen und in Übereinstimmung mit den Interessen der Bevölkerung geregelt. Ich bin der Überzeugung, daß es nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auch möglich sein wird, zu einer gerechten, die Interessen der betroffenen Bevölkerung berücksichtigenden Regelung über den Verlauf der deutschen Ostgrenze zu gelangen. Hier zeigt sich erneut, wie wichtig die Wiedervereinigung Deutschlands für die Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa ist.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

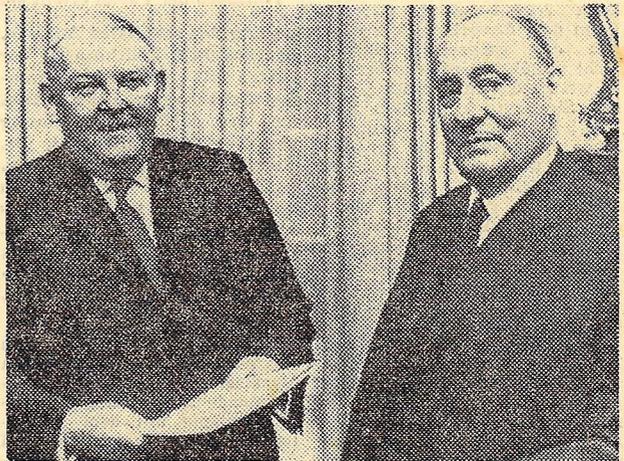
## Ernst Lemmer wieder im Kabinett

Die Ernennung des früheren Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, zum neuen Bundesvertriebenenminister ist in politischen Kreisen einhellig begrüßt worden. Nach der Ernennung zum Minister sagte Lemmer, daß er die Berliner Dienststellen des Ministeriums noch ausbauen werde.

„Das Bundesvertriebenenministerium ist neben dem gesamtdeutschen das einzige, das im Berliner Bundeshaus eine selbständige Abteilung hat. Sie wird selbstverständlich unter meiner Ministerschaft erhalten. Ich wende mich gegen jeden Versuch, hier den Aufgabenbereich der Berliner Abteilung meines Ministeriums einzuschränken. Ich wehre mich auch gegen die Aufhebung der Bundesnotaufnahmegesetzgebung, bin also für die Beibehaltung des Flüchtlingslagers Berlin-Marienfelde.“

Infolgedessen wird sich ein Teil meiner Arbeit auch als Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in Berlin abspielen, wo ich ohnehin, wie auch als Mit-

glied der vorangegangenen Kabinette, meinen Wohnsitz beibehalten werde. Ich bleibe Berliner.“



Bundeskanzler Erhard — Ernst Lemmer  
Überreichung der Ernennungsurkunde

## Weiter mit Adenauer

Eine Zeitlang mochte es scheinen, als ob der Rücktritt Konrad Adenauers vom Bundeskanzleramt die völlige Rückkehr



dieses großen Staatsmannes in das Privatleben einleiten werde. Noch bis in die letzten Wochen wagte niemand eine klare Voraussage darüber, ob er sich zur

## Wir kennen keine Gewaltanwendung

(Fortsetzung von Seite 1)

Hauptursache der Spannungen in Europa ist die künstliche Teilung Deutschlands. Dieser gefährliche Zustand kann nur beseitigt werden, wenn dem deutschen Volk endlich das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird, das bereits in weiten Teilen der Welt seinen Siegeszug angetreten hat. Wie leicht die Teilung Deutschlands zu einer Gefahr für den Frieden werden kann, haben die Zwischenfälle auf der Autobahn nach Berlin gezeigt. Im Interesse des Friedens muß der Zugang nach Berlin frei von jeder Behinderung bleiben. Lassen Sie mich das mit allem Ernst sagen, und erlauben Sie mir, auf einen Widerspruch in Ihrer Botschaft vom 31. Dezember 1963 hinzuweisen. Sie betonen zwar, „daß historisch zustande gekommenen Grenzen mit dem notwendigen Verständnis begegnet werden muß“; sobald es sich aber um die Belange des deutschen Volkes handelt, nehmen Sie das „Recht des Stärkeren“ in Anspruch.

Weiterführung seines Amtes als Parteivorsitzender der CDU tatsächlich bereit finden werde. Dies alles beweist, daß ihm der Entschluß, weiter an der Spitze der Partei zu amtieren, nicht leichtgefallen und nicht selbstverständlich gewesen ist.

Viele Beweggründe haben dabei mitgesprochen. An erster Stelle das hohe politische Verantwortungsgefühl Konrad Adenauers, sicher auch ein gewisses Maß an Sorge über die weitere Politik in und um Deutschland. Ferner war es auch das ungewöhnliche Maß an politischer Leidenschaft, das Konrad Adenauer bis in sein hohes Alter erfüllt. Die Würfel sind nun gefallen.

Der langjährige Kanzler hat jetzt klar ausgesprochen, was ihn zu seinem Entschluß, erneut zu kandidieren, bewogen hat. Er will mithelfen, die Stabilität und Kontinuität der Politik der CDU zu wahren. Das ist bereits ein klares Programm. Wenn auch die Einflußmöglichkeiten eines Parteivorsitzenden, der bis zu den nächsten Bundestagswahlen auf das neunzigste Lebensjahr zugeht und der nicht mehr als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, begrenzt sind, dies Programm kann nicht ignoriert werden.

Der Entschluß ist keine bloße Geste oder Demonstration, sondern er zwingt die Bundesregierung ebenso wie die Regierungsparteien und die Opposition, sich immer wieder mit der Forderung nach einer stabilen und kontinuierlichen Fortsetzung der bisherigen Politik ernsthaft auseinanderzusetzen. Die Politik der Bewegung, die Ludwig Erhard und Gerhard Schröder zusammen mit den Freien Demokraten auf ihre Fahnen geschrieben haben, braucht deshalb nicht revidiert zu werden. Aber Konrad Adenauer, an der Spitze der CDU, bietet die Gewähr, daß jeder Schritt auf Neuland, jeder Schritt zur Anpassung an die internationale Entwicklung sorgfältig geprüft und kontrolliert wird.

Einstimmig hat sich der Bundespartei Vorstand der CDU für die Wiederwahl Konrad Adenauers zum Parteivorsitzenden ausgesprochen. Gleichzeitig nominierte das Führungsgremium der CDU den geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues erneut für dieses Amt. Adenauer und Dufhues haben sich bereit erklärt, die Wahl anzunehmen, die während des nächsten CDU-Parteitages Mitte März in Hannover vorgenommen werden soll.

## Ost-Professor widerspricht SED

Politbüro der Partei erteilt scharfe Rüge an Robert Havemann

Einer der schärfsten Angriffe, die das SED-Politbüro in der letzten Zeit gegen einen führenden Ost-Wissenschaftler führte, hat den 54jährigen Professor der Humboldt-Universität, Dr. Robert Havemann, getroffen. In einem Bericht des Politbüros wird der Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts beschuldigt, in philosophischen Vorlesungen öffentlich für mehr Freiheit und gegen die SED-Politik aufzutreten.

Havemann bezeichne den Dogmatismus als eine dem Marxismus-Leninismus innewohnende Erscheinung. Im Zusammenhang mit dem Auftreten Professor Havemanns wird der Parteisekretär der Humboldt-Universität, Tzschoppe, beschuldigt, seinen Aufgaben nicht gewachsen zu sein und

„bürgerliche Auffassungen“ zu gelassen zu haben.

Die SED-Führung sieht dabei einen Zusammenhang zwischen den „revisionistischen Theorien“ Professor Havemanns und Auffassungen, „die von Prag aus zu uns drangen“. Der Politbüro-Bericht attackiert tschechoslowakische Künstler, die sich mit der Lage in der „DDR“ befaßten und nach der Prager Kafka-Konferenz versuchten, in Grundfragen der Kulturpolitik einen revisionistischen Standpunkt durchzusetzen. Der Chefredakteur der literarischen Zeitschrift „Flamen“ habe sogar die Losung aufgestellt, Prag zum „neuen Zentrum des Marxismus in Mitteleuropa“ zu machen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richthofen-Straße 2

# Ostern: „Keine Menschlichkeit“

Die Bemühungen um eine für den Westen annehmbare Passierschein-Regelung für die Osterfeiertage sind erfolglos geblieben. Im letzten Gespräch konnten auch die gegensätzlichen Standpunkte nicht überbrückt werden.

Die Bundesregierung und der Senat drückten ihr Bedauern über die Entwicklung aus. Im Kommuniqué heißt es: „Die Bemühungen um eine Regelung, die den Menschen auf beiden Seiten der Mauer während der kommenden Feiertage eine Begegnung ermöglicht hätten, sind an den Forderungen der Sowjetzone gescheitert.“

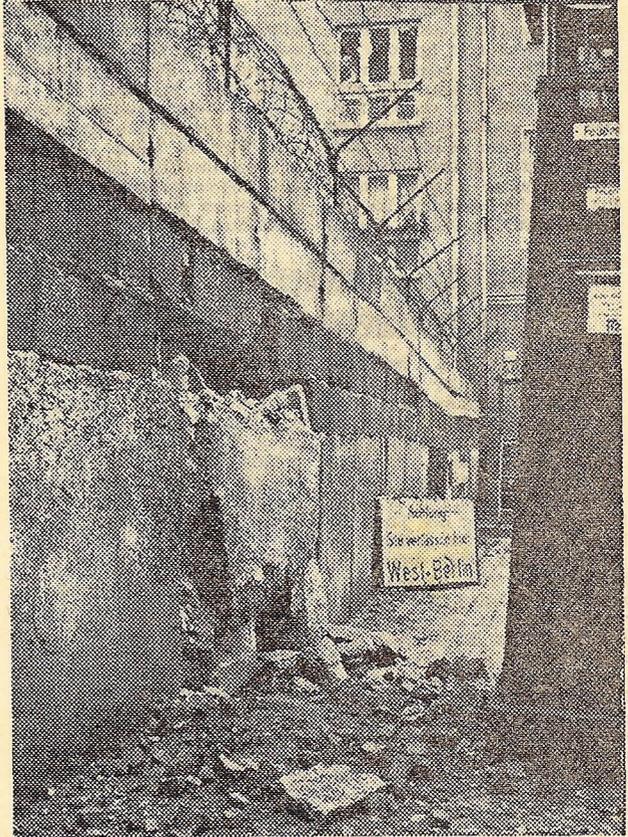
Zur Zeit ist der letzte Zweifel daran beseitigt worden, daß die Kommunisten die angebotene Osterregelung ausschließlich als ein Mittel im politischen Stil um die faktische Anerkennung ihres Regimes und die Isolierung Berlins von der Bundesrepublik betrachten. Es gibt keinen einzigen sachlichen und vernünftigen Grund dafür, daß Pankower Regierungsfunktionäre in West-Berlin amtieren müßten, um Passierscheine auszugeben.

Bei der Behandlung dieser Frage ist zu bedenken, daß der Bau dieser Mauer ein schändliches Verbrechen war. Die vorübergehende Öffnung der Berliner Mauer darf nicht dazu führen, daß der Rechtsstatus Berlins dadurch gefährdet wird. Denen, die sie errichteten, sie seitdem erhalten, verstärkten und die Flüchtlinge brutal ermorden, gebührt bestimmt kein Dank.

Bei diesen Betrachtungen müssen wir davon ausgehen, daß den Mitteldeutschen nicht etwa weniger Unfreiheit, sondern ebenfalls Selbstbestimmung zusteht. Sie wollen nicht, daß Ulbricht ab und zu lächelt, sondern sie wollen, daß seine Zwangsherrschaft verschwindet.

Der ungeduldige Betrachter kann nicht daran vorbei, daß es der Osten ist, der in einer Krise steckt.

In Geduld und Beharrlichkeit muß eine gerechte Lösung für ganz Deutschland angestrebt werden.



## Die „DDR“ ist kein Staat

Die USA, Großbritannien und Frankreich haben dem UNO-Sekretariat ein Schreiben übergeben, in dem erneut festgestellt wird, daß es keinen Staat „DDR“ gibt. Die Sowjetzone sei vielmehr ein besetztes Gebiet, dessen Politik von Moskau diktiert werde.

Mit diesem Schreiben, das allen UNO-Mitgliedstaaten zur Kenntnis gebracht werden soll, nahmen die drei Westmächte Stellung zu einer Initiative der Tschechoslowakei, die vor zwei Monaten allen UNO-Mitgliedern ein sowjetzonalen Dokument zugestellt hatte, in dem Angriffe auf die Bundesregierung ent-

halten waren. Die Aktion der Westmächte bedeutet eine neuerliche Unterstützung der Haltung der Bundesregierung, die sich mehrfach dagegen gewandt hatte, daß sowjetzonalen Propagandathesen durch Ostblockdelegationen bei den Vereinten Nationen verbreitet wurden.

317 Angehörige der sowjetzonalen Grenztruppe, der Armee, der Polizei, des Zolls und des Staatssicherheitsdienstes flüchteten im vergangenen Jahr über die Minenfelder und Stacheldrahtsperrn der Zonen-grenze in die Bundesrepublik.

## Gerstenmaier lobt Spanien

### Neue Haltung gegenüber Europa

Bundestagspräsident Gerstenmaier hat nunmehr seinen mehrtägigen Besuch in Spanien beendet. Er flog wieder nach Deutschland zurück. Vor dem Rückflug erklärte er, in Spanien habe ein „ernsthafter und durchgreifender politischer Stellungswechsel stattgefunden“.

Gerstenmaier führte weiter aus, er habe besonders im Gespräch mit Staatschef Franco

und dem Außenminister Castiello eine neue Haltung Spaniens Europa und der übrigen westlichen Welt gegenüber feststellen können. Es sei falsch, dieser Aufgeschlossenheit unnötige Hindernisse in den Weg zu legen. „Wir alle müssen merken, daß Spanien ein altes europäisches Land ist, auf dessen Mitarbeit wir nicht verzichten können.“

## Sowjetbotschafter aus Peking überraschend nach Moskau

Sowjetische und rotchinesische Unterhändler sondieren zur Zeit in Peking die Möglichkeiten für Gespräche über Grenzprobleme. Diplomatische Kreise in Moskau, die das vor kurzem mitteilten, deuteten gleichzeitig an, daß es schon über den Umfang des Themenkreises zu schweren Differenzen gekommen sei. Nach diesen Informationen will Moskau nur aktuelle Probleme, wie die Zuwanderung von Kasachen, erörtern, die in letzter Zeit immer wieder aus Rotchina über die Grenze kommen und in der Sowjetunion Asyl suchen. Hingegen versuchten die Rotchinesen, Probleme aufzuwerfen, die aus der Besetzung ehemals chinesischen Gebiets durch das zaristische Rußland herrühren. Wie es weiter heißt, wurden die sowjetisch-rotchinesischen Gespräche auf Botschaferebene geführt. Für Moskauer Beobachter überraschend hat der sowjetische Botschafter Tschernomoko, der nach seiner Teilnahme an der Sitzung des Zentralkomitees erst am 14. Februar aus Moskau auf seinen Peking-er Posten zurückgekehrt war, schon am 20. Februar Peking wieder verlassen und ist erneut nach Moskau gekommen.

### Überrichts Schuldkonto

Vom 13. August 1961 bis zum 1. Weihnachtsfeiertag vergangenen Jahres haben 71 Menschen bei dem Versuch, die Mauer in Berlin oder die Zonengrenze zu überwinden, den Tod gefunden. Dies gab das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fra-

gen in seinem Jahresbericht bekannt. Weiter heißt es, daß in der Zone rund 2000 minderjährige Kinder leben, die nicht zu ihren Eltern in die Bundesrepublik reisen dürfen. Sie werden als Geiseln zurückgehalten, um die Eltern zu einem Umzug in die Zone zu zwingen.

### Freiheit für die Zone!

„In einem Zeitalter, das die Selbstbestimmung zur Maxime der nationalen und internationalen Ordnung erhebt, hat auch das deutsche Volk Anspruch auf dieses Grundrecht. Diese Forderung unterstrich das Präsidium des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in einer neuen Erklärung über „Menschenrechte und Selbstbestimmung für ganz Deutschland“.

In dieser Erklärung, die allen UNO-Mitgliedstaaten und der gegenwärtig in New York tagenden Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu gestellt werden soll, werden alle Regierungen und Völker aufgefordert, die Wahrung der Menschenrechte im unfreien Teil Deutschlands zu erwirken.

### Empört KP-Chef

„Ich betrachte die Mauer in Berlin als einen anomalen Zustand einer anomalen Situation in Deutschland“, äußerte der neue Parteichef der schwedischen Kommunisten, Carl Henrik Hermansson, in einem Interview. „Ich wende mich dagegen, daß an dieser Mauer Schüsse fallen. Und ich bin empört darüber, daß dort sogar Blut fließt.“

## Schon 1965 sollen Zollschranken fallen

Schon vier Jahre früher als geplant, zum Ende des Jahres 1965, sollen die letzten Zollschranken innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fallen. Diesen Vorschlag hat der Präsident der EWG-Kommission, Prof. Hallstein, im EWG-Ministerrat zur Diskussion gestellt.

### Russell mahnt Moskau

Der britische Philosoph Bertrand Russell hat kürzlich einen Appell an Chruschtschow veröffentlicht, in dem der sowjetische Regierungschef um eine bessere Behandlung der Juden in der Sowjetunion und um Verzicht auf die Todesstrafe für sowjetische Wirtschaftsvergehen gebeten wird. Unterzeichner des Appells sind außer Russell Königinmutter Elisabeth von Belgien, Albert Schweitzer, Linus Pauling, Max Born, Martin Buber und François Mauriac.

### Politische Gefangene

Zur Zeit sitzen 12 000 politische Häftlinge in sowjetischen Zuchthäusern. Ihre Freilassung steht — wie es heißt — auf der bundesdeutschen Wunschliste für die zukünftigen Kreditgespräche mit Pankow.

### Niederlage für die Zone

Ein neuer Versuch der Sowjetunion, die Zone international aufzuwerten, scheiterte in der Schlußsitzung des Vorbereitenden Ausschusses für die UNO-Welthandelskonferenz. Die Sowjetunion hatte gefordert, eine Einladung der „DDR“ durch die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses schriftlich niederzulegen. Auf Drängen der französischen Delegation mußte jedoch hinzugefügt werden, daß eine solche Einladung „von den meisten Delegationen“ abgelehnt worden sei.

### Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

# „Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Johnson bekräftigt Entschlossenheit der USA zur Wahrung des Friedens

Die Vereinigten Staaten sind fest entschlossen, auf dem Weg des Friedens voranzuschreiten. Sie ließen sich davon nicht durch kommunistische Störmanöver abbringen. Dies erklärte US-Präsident Johnson auf einem akademischen Festakt der Universität von Kalifornien, bei dem er zugleich mit dem mexikanischen Präsidenten Lopez Mateos eine Ehrung der Universität entgegennahm.

In einer Gesamtbeurteilung zur außenpolitischen Lage meinte der amerikanische Präsident: „Die Welt ist klein und turbulent geworden. Neue Herausforderungen klopfen täglich am Weißen Haus, der Haustür Amerikas, an.“ Die USA würden sich niemals von irgendeinem Staat in der Welt einschüchtern lassen, der sich als Gegner der Vereinigten Staaten zeige.



Johnson bei seiner Rede vor beiden Häusern des Kongresses

sind die Überlegungen der Landesregierung zur Neugründung einer weiteren Universität noch im Anfangsstadium. Ehe die Standortfrage entschieden wird, soll die Frage behandelt werden, welche Form die neue Universität erhalten soll. Voraussetzung dafür ist die Prüfung, welcher Bedarf noch besteht, sobald die Technische Hochschule in Dortmund und die Ruhr-Universität in Bochum ihren Lehrbetrieb aufgenommen haben.

Eine „Raketen- und raumfahrttechnische Lehr- und Versuchsstelle“ wurde im Keller des neuerrichteten staatlichen Ingenieurschule in Hannover errichtet. Ihre Trägerin ist die Hermann-Oberth-Gesellschaft zur Förderung der Forschung und Erschließung des Weltraumes, wobei das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung erhebliche finanzielle Unterstützung gewährte. In dieser Lehr- und Versuchsstelle werden Studierende des Maschinenbaues und der Elektrotechnik, die besondere Qualifikationen aufweisen, in einjährigen Lehrgängen in der Raketentechnik eingeführt. Ähnliche Kurse sollen demnächst in Kiel und Hamburg eingerichtet werden.

## Bergwerks-Katastrophe in Workuta

Mit dem Tod zahlreicher Arbeiter muß gerechnet werden

Eine Bergwerkskatastrophe hat sich in der Sowjetunion ereignet. Bei einer Methangasexplosion in einer Grube in Workuta in der nordrussischen Tundra sind offensichtlich zahlreiche Bergleute ums Leben gekommen. Die Weltöffentlichkeit erfuhr davon erst durch eine Beileidsadresse des Zentralkomitees der KPdSU und des sowjetischen Ministerrates, die auf der ersten Seite des Zentralorgans der sowjetischen KP, „Prawda“, veröffentlicht wurde.

Die Tatsache, daß eine solche Traueranzeige erschien, wurde in Moskau dafür gewertet, daß das Bergwergungsglück in Workuta katastrophale Ausmaße hatte. In der „Prawda“ wurde angedeutet, daß dabei eine große Zahl von Menschen den Tod gefunden hat. Einzelheiten über die Explosion wurden nicht bekanntgegeben. In der an die Bergarbeiter gerichteten Beileidsadresse der Spitzengremien von Partei und Regierung wurde von einem „tragischen Vorfall“ gesprochen, der die „teuren Leben von Genossen“ zerstört habe.

Workuta, in dessen Gruben auch viele deutsche Kriegsgefangene des zweiten Weltkrieges hatten arbeiten müssen, liegt rund 100 Kilometer nördlich des Polarkreises.

### Kurz gemeldet

Das größte Forschungsschiff, das jemals in den Vereinigten Staaten gebaut wurde, wird in Jacksonville im Staate Florida auf Stapel gelegt. Das Schiff soll hauptsächlich für die ozeanographische Forschung und für Vermessungen in großen Meerestiefen bestimmt sein. Das stählerne Forschungsschiff erhält eine Wasserverdrängung von 3300 BRT.

Für die Gründung einer weiteren Universität in Nordrhein-Westfalen, die von der Landesregierung für das siebente Jahrzehnt vorgesehen ist, haben Paderborn und Bielefeld sowie fünf weitere, vorwiegend im ostwestfälischen Raum gelegene Städte ihre Bewerbung angemeldet. Auf Grund der vom Landtag ausgehenden Anregung

Die europäischen Erziehungsminister treten zu ihrer vierten Konferenz im April 1964 in London zusammen. Die Konferenzen sind nicht institutionell verankert; sie dienen dazu, die Arbeiten der bestehenden internationalen Regierungsorganisationen, vor allem des Europarates, zu fördern und durch Anregungen und Vorschläge in Gang zu setzen. Die technische Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Konferenzen hat das Sekretariat des Europarates übernommen. Die deutsche Delegation wird jeweils vom Präsidenten der Kultusministerkonferenz im Namen der übrigen Kultusminister geführt. Es nehmen in der Regel auch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern durch die Leiter ihrer Kulturabteilungen daran teil.

## Gastarbeiterzahl vor Millionen-Grenze

### Weniger Italiener — Steigender Anteil der Türken und Portugiesen

Im Verlauf dieses Jahres werden etwa 100 000 Ausländer mehr im Bundesgebiet beschäftigt werden als im Vorjahr, schätzt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Allerdings wird nach Ansicht der Bundesvereinigung die Anwerbung von Italienern voraussichtlich zurückgehen, dafür aber die Zahl der Türken steigen. Die Anwerbung in Griechenland und in Spanien dürfte sich etwa auf dem Vorjahresniveau halten. Eine weitere Vereinbarung über Anwerbungen wird gegenwärtig mit Portugal vorbereitet. Von dort erwartet man etwa 30 000 Arbeiter.

Am 30. September 1963 waren im Bundesgebiet rund 821 000 Ausländer beschäftigt. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist nach Unterlagen der Arbeitgeberverbände von 0,4 % im Jahr 1955 über 1,5 % (1960), 2,5 % (1961) und 3,2 % (1962) jetzt auf 4 % gestiegen. Vor dem ersten Weltkrieg habe der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Beschäftigten jedoch 8 % betragen. Auch in den Nachbarländern liege die Beschäftigung von Ausländern höher als im Bundesgebiet und belaufe sich

beispielsweise in Belgien auf 6 %, in Frankreich auf 8 % und in der Schweiz auf über 20 %.

Der Prozentsatz der Italiener unter den ausländischen Arbeitern ging von 44 % im Jahr 1960 auf 35 % im vergangenen Jahr

zurück. Gleichzeitig stieg der Anteil der Griechen von 4,7 % auf 14,5 %, der Spanier von 3 % auf 15 % und der Türken von knapp 1 % auf 4 %.

Von den Gastarbeitern war etwa jeder dritte in der Metallindustrie beschäftigt. 24,5 % waren im Baugewerbe und 22 % im verarbeitenden Gewerbe tätig.

## Fast 78 Milliarden Steuereinnahmen

Zuwachs im vergangenen Jahr beträgt 6 %

Rund 49 Mrd. für den Bund

Bund und Länder nahmen im Jahr 1963 insgesamt 77,471 Mrd. DM an Steuern ein. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums sind das 6 % mehr als im Vorjahr. Dieser Betrag erhöht sich noch durch 481 Mill. DM buchmäßige Einnahmen des Bundes aus Regierungskäufen im Ausland auf 77,952 Mrd. DM.

In den Jahren 1961 und 1962 hatten die Steuereinnahmen rascher zugenommen als das Bruttosozialprodukt. Demgegenüber stieg 1963 das Bruttosozialprodukt um 6,2 % und damit erstmals seit 1953 stärker als das Steueraufkommen. Nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums gab dabei das relativ geringe Wachstum der reinen Ländersteuern den Ausschlag.

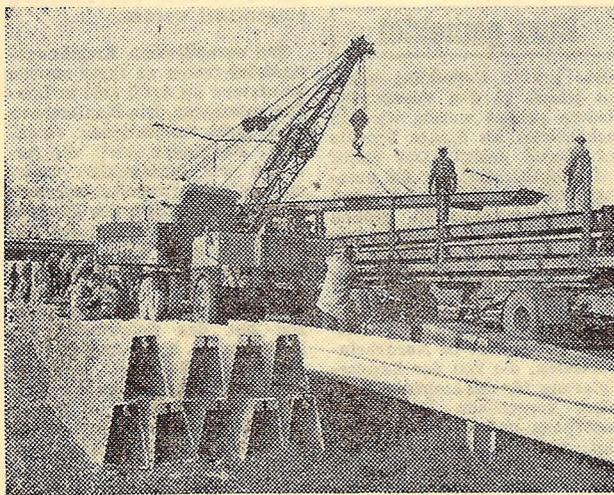
Dem Bund flossen 49,928 Mrd. DM an Steuergeldern zu. Das sind 5,5 % mehr als 1962, aber 1,3 % weniger, als veranschlagt waren. Den Mindereinnahmen von 878 Mill. DM bei einigen Steuern standen Mehreinnahmen von lediglich 236 Mill. DM gegenüber, so daß die Einnahmen um 642 Mill. unter dem Steuersoll zurückblieben.

## Exportserfolge in der EWG

Die Auftragsengänge im Maschinenbau hielten sich 1963 nach Auskunft der Demag, Duisburg, etwa auf dem Vorjahrsstand, blieben aber wieder leicht hinter dem Umsatz zurück. Dabei war das erste Halbjahr weniger gut. Der Inlandsmarkt blieb vielfach unergiebig als in den letzten Jahren, wobei sich die Zurückhaltung bei den Investitionen auswirkte. Zur Sicherung der Beschäftigung mußten daher intensive Exportanstrengungen unternommen werden. Erfolge wurden dabei jedoch vorwiegend nur im Raum der EWG erzielt.

## 650 Mill. DM Exportüberschuß

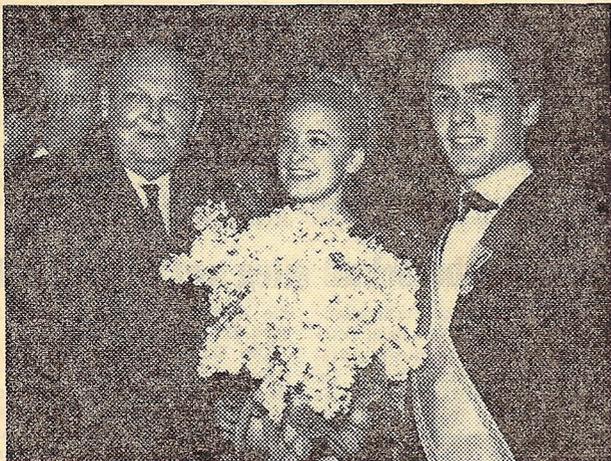
Von der Bundesrepublik wurden im Januar Waren im Wert von 4,31 Mrd. DM eingeführt und für 4,96 Mrd. DM ausgeführt. Das entspricht nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes einer Zunahme der Einfuhr um 15,1 % und der Ausfuhr um 23,7 % gegenüber Januar 1963. Die Außenhandelsbilanz schloß damit im Berichtsmonat mit einem Aktivsaldo in Höhe von 650 Mill. DM gegen 109 Mill. DM im gleichen Vorjahresmonat.



Montage einer neuartigen Stahlstraße

## Ein traumhafter Kürlauf sicherte Kilius/Bäumler die Weltmeisterschaft

Marika Kilius und Hans-Jürgen Bäumler haben es zum Abschluß ihrer Amateurlaufbahn noch einmal geschafft! Sie gewannen in der Dortmunder Westfalenhalle mit 5:4 Richterstimmen die zweite Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf. Doch dieser Sieg bedeutete nicht nur eine erfolgreiche Revanche für die olympische Niederlage in Innsbruck. An diesem Abend in der ausverkauften Westfalenhalle in Anwesenheit des Bundeskanzlers Erhard nahmen die beiden ihr Herz in beide Hände und liefen so, wie sie es bisher nur bei der Europameisterschaft in Budapest 1963 gezeigt hatten. Eine sportlich hochwertige Kür voller Schmiß und sportlichem Einsatz entzückte die Zuschauer.



Bundeskanzler Erhard gratuliert Marika Kilius und Hans-Jürgen Bäumler zur Weltmeisterschaft

## Nach 58 Jahren hat Deutschland wieder einen Weltmeister im Eiskunstlauf

Kaum 24 Stunden nach dem triumphalen Erfolg von Marika Kilius und Hans Jürgen Bäumler krönte der 20jährige Münchener Architekturstudent Manfred Schnelldorfer in der Dortmunder Westfalenhalle seine Karriere: Wenige Wochen nach seinem Olympiasieg in Innsbruck gewann er nun auch den Weltmeistertitel. Der hochgewachsene, schwarzhäarige Münchener, der bei der letzten Weltmeisterschaft hinter dem inzwischen zur Revue übergetretenen Kanadier Donald McPherson und hinter Alain Calmat Dritter geworden war, bot eine großartige Kür, die alle Schwierigkeiten enthielt.

Schnelldorfer, der schon nach den sieben Pflichtfiguren klar in Führung gelegen hatte, ist damit am Ziel seiner Wünsche: Olympia-Gold und Weltmeisterschaft. War es in Innsbruck der erste Sieg eines deutschen Eiskunstläufers bei den Olympischen Spielen überhaupt, so stellte Schnelldorfer nunmehr den dritten Sieg eines Deutschen in der Herren-Konkurrenz einer Weltmeisterschaft sicher. Einziger deutscher Eiskunstlauf-Weltmeister war bisher Dr. Gilbert Fuchs, der bei den ersten Welttitelkämpfen 1896 in Petersburg triumphierte und 1906 in München seinen Erfolg wiederholte.

### Die Wahrheit im Witz

In der volkseigenen Fabrik sollte der BGL-Vorsitzende Schimmelpfennig wieder in seinem Amt bestätigt werden. Die Arbeiter murrten. Da legte sich Paul Brinkmann, ein parteiloses Schlosser und wahrhaftig kein staatsbewußter Mensch, für den Genossen Schimmelpfennig ins Zeug: „Menschenskind“, erklärte er seinen mißtrauischen Kollegen, „der Schimmelpfennig ist ein toller Bursche. Das ist noch ein Gewerkschaftsfunktionär und Arbeitervertreter, wie wir ihn brauchen.“ — „Was, dieser Bonze!“ zischelte ein Kollege.

„Sei man ruhig, Emil“, meinte Brinkmann, „du kennst den Fritz Schimmelpfennig bloß nicht richtig. Ich habe neulich gehört, wie er schonungslos für die Rechte der Arbeiter eingetreten ist, für den freien Sonnabend, für die 40-Stunden-Woche, für höhere Löhne, für Streiks...“ „Wann ist denn das gewesen?“ unterbrach Emil.

„Vor vierzehn Tagen erst“, sagte Brinkmann. „Vor vierzehn Tagen?“ grinste Emil. Da kannst du uns viel erzählen. Da warst du doch in Gelsenkirchen drüben zur Beerdigung deiner Mutter!“

„Na, eben“, sagte Brinkmann unbekümmert, „deshalb wißt ihr ja auch nichts davon. Aber ich war dabei, wie der Schimmelpfennig zu den westdeutschen Arbeitern dort gesprochen hat!“

★

Nach der Einheitslistenwahl in der Sowjetzone diskutierte man auf einer Parteiversammlung in Ost-Berlin das „Wahlergebnis“. „Ich habe das mal nachgerechnet“, rief ein Genosse, „es gab 0,05 Prozent Gegenstimmen; das sind bei rund 12 000 Wahlberechtigten etwa 6000 Gegenstimmen. Stellt euch vor, wir haben nur 6000 Feinde in der ‚DDR‘. Wie findet ihr das?“

„Großartig“, meinte einer der Funktionäre, „aber weshalb müssen die ausgerechnet alle in meiner Straße wohnen?“

## Die Verbesserung der Kriegsofferrenten

Nach langen und schwierigen Beratungen hat der Bundestag nunmehr die Neuordnung des Kriegsofferrechts verabschiedet, wonach die wirtschaftliche Lage der Kriegsbeschädigten in wesentlichen Punkten verbessert wird. Erhöht werden rückwirkend ab 1. Januar 1964 insbesondere die Grundrenten, die Ausgleichsrenten, die Elternrenten, die Freibeträge bei der Anrechnung sonstiger Einkünfte, der Berufsschadenausgleich für Beschädigte, der Schadenausgleich für Witwen, die Schwerstbeschädigtenzulage und das Bestattungsgeld. Die Grundrenten, deren Erhöhung am meisten umkämpft war und die unabhängig von sonstigen Einkommen gezahlt werden, ändern sich folgendermaßen:

### Für Beschädigte

Erwerbsminderung in Prozent	bisher	künftig
20	35 DM	45 DM
40	45 DM	60 DM
50	65 DM	80 DM
60	80 DM	105 DM
70	195 DM	140 DM
80	150 DM	170 DM
90	180 DM	210 DM
100	200 DM	240 DM
für Witwen	100 DM	120 DM
für Halbwaisen	30 DM	35 DM
für Vollwaisen	60 DM	70 DM

Die bei Bedürftigkeit gewährten Ausgleichsrenten der Schwerbeschädigten, Witwen und Waisen sind vom Bundestag folgendermaßen erhöht worden:

### Für Beschädigte

Erwerbsminderung in Prozent	bisher	künftig
50	100 DM	110 DM
60	100 DM	110 DM
70	120 DM	140 DM
80	150 DM	170 DM
90	180 DM	210 DM
100	200 DM	240 DM
für Witwen	120 DM	160 DM
für Halbwaisen	60 DM	70 DM
für Waisen	90 DM	100 DM

Die Gesamtrente des hundertprozentig Erwerbsgeminderten beträgt also vom 1. Januar 1964 anstatt bisher 400 DM in Zukunft 480 DM, die der Witwen statt bisher 220 DM mindestens 280 DM. Die Elternrenten wurden für ein Elternpaar von

150 DM auf 170 DM, für einen Elternteil von 100 DM auf 115 DM heraufgesetzt. Der Nachweis, daß der gefallene Sohn Ernährer seiner Eltern geworden wäre, wird nicht mehr verlangt.

Bei sonstigen Einkünften wird nach der neuen Regelung die Ausgleichsrente weniger gekürzt als bisher. Außer Arbeitseinkommen bei Beschädigten und Witwen werden auch Krankengeld, Hausgeld, Schlechtwettergeld und ähnliche Bezüge, wenn sie 100 DM nicht überschreiten, nicht mehr angerechnet. Darüber hinausgehende Beträge werden, wie bisher, zur Hälfte auf die Ausgleichsrente angerechnet. Auch von den übrigen Einkünften bleiben jetzt größere Teile bei der Berechnung der Ausgleichsrente unberücksichtigt.

Der Berufsschadenausgleich, den bisher nur erwerbsunfähige

Beschädigte erhielten, wird auf alle Schwerbeschädigten ausgedehnt. Beträgt der Einkommensverlust mehr als 70 DM monatlich (bisher 100 DM), so werden vier Zehntel (bisher drei Zehntel) der tatsächlichen Einbuße gewährt, jedoch höchstens 400 DM (bisher 300 DM) monatlich. Auch für Witwen wird ein besonderer Schadenausgleich eingeführt. Ist ihr Einkommen um mindestens 50 DM geringer als die Hälfte des Einkommens, das der Ehemann erzielt hätte, so erhält sie vier Zehntel des Unterschiedsbetrages, jedoch höchstens 200 DM monatlich.

Die Schwerstbeschädigtenzulage kann jetzt 100 DM erreichen, die Pflegezulage in der höchsten Stufe statt bisher 350 DM nunmehr 400 DM. Verbessert wurden auch die Vorschriften über die Heil- und Krankenbehandlung und die Kriegsopferversorge. Insgesamt werden jährlich 1,24 Milliarden DM mehr als bisher für die Kriegsofper ausgegeben.

## Ausfuhrüberschuß stieg auf 6 Mrd. DM

Die Bundesrepublik einschließlich Berlin hat 1963 nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, Waren im Werte von 52,3 Mrd. DM importiert und im Werte von 58,3 Mrd. DM ausgeführt. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,6 bzw. 10,1 %. Demnach ergab sich 1963 ein Ausfuhrüberschuß von 6,0 Mrd. gegenüber 3,5 Mrd. DM im Jahr zuvor.

Auf die EWG-Länder entfielen dabei 33,2 % der Einfuhr und 37,3 % der Ausfuhr der Bundesrepublik. Die Einfuhren aus den EWG-Ländern sind um 8,6 % auf 17,3 Mrd. DM und die Ausfuhren um 20,8 % auf 21,8 Mrd. DM gestiegen. Wesentlich geringer hat sich dagegen der Außenhandel mit den EFTA-Ländern erhöht, auf die 18,5 % der Einfuhr und 27,1 % der Ausfuhr der Bundesrepublik entfielen. Einer Zunahme der Importe um 2,7 % auf 9,6 Mrd. DM stand eine Erhöhung der Exporte um 7,4 % auf 15,3 Mrd. DM gegenüber. Im Außenhandel mit den fünf übrigen europäischen OECD-Ländern blieb die Einfuhr mit 1,3 Mrd. DM nahezu unverändert, während

die Ausfuhr um 13,5 % auf 2,3 Mrd. DM anstieg.

Die Einfuhren aus den USA haben 1963 um 12,9 % auf 7,9 Mrd. DM zugenommen, während die Ausfuhren nach den USA nur um 8,7 % auf 4,2 Mrd. DM anstiegen. Die Einfuhren aus Kanada sind um 14,8 % auf 0,7 Mrd. DM zurückgegangen. Die Ausfuhren dagegen lagen mit 0,5 Mrd. DM nur geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Die Einfuhr aus allen übrigen Ländern (ohne Ostblock) lag mit 13,1 Mrd. DM um 3,5 %, die Ausfuhr mit 11,8 Mrd. DM um 2,0 % höher als 1962. Im Außenhandel mit den Ostblockländern verringerte sich der Wert der Ausfuhren um 15,4 % auf 1,8 Mrd. DM bei einem fast unveränderten Einfuhrwert von 2,2 Mrd. DM.

### Über 30 Mill. t Kohleexport

1963 hat die Bundesrepublik rund 30,6 Mill. t Stein- und Braunkohle ausgeführt. Im Jahr zuvor waren es 30,3 Mill. t. In die Länder der Montanunion gingen 24,6 Mill. t (1962 = 23,8 Mill. t). Die Einfuhr stieg von 9,5 Mill. auf 10,4 Mill. t. Fast die Hälfte davon entfiel auf die Vereinigten Staaten.